



KONVERTIER ODER STIRB!

Werden aus Bundesbürgern bald auch „Rechtgläubige“?

Von CANTALOOOP | Ein nicht zu unterschätzender Teil der Deutschen, die für ihrem Eifer, aus einer guten Sache letzten Endes eine schlechte zu machen bekannt sind, könnten aus ihrem kollektiven „Unterwürfigkeitssyndrom“ heraus tatsächlich Gefahr laufen, über kurz oder lang auch „gute Muslime“ zu werden. Eine provokante These, zugegebenermaßen. Aber wirklich komplett unrealistisch?

Solcherlei „Frömmel“ zeichnen sich ja in erster Linie dadurch aus, darüber zu wachen, ob andere etwas falsch machen, um diese „Apostaten“ anschließend wahlweise zu melden, auszugrenzen oder gleich zu bestrafen. Eine Blockwart-Mentalität der etwas anderen Art, aber sicher nicht ganz unkompatibel mit dem deutschen Untertanen-Gemüte, dem dieses Gebaren zumindest nicht komplett wesensfremd ist. Liberal-konservative Freigeister indes wenden sich entsetzt ab. Gleichsam ist dies eine Analogie zu bereits stattfindenden Ereignissen, ausgelöst von der ebenso denunziatorisch veranlagten und mehrheitlich linksgeprägten Seite unserer Gesellschaft. Nur eben in einer anderen, derzeit kaum vorstellbaren Dimension, nämlich einer sehr viel grausameren.

Politik schürt Ängste und Ressentiments

Politik „machen“ bedeutet ja im Grunde genommen nichts anderes, als den Menschen solche Angst einzujagen, dass ihnen am Ende jedes Mittel recht ist. In diesem Falle die Furcht vor den eigenen, aber „bürgerlich“ denkenden Landsleuten, vor Trump, Orbán und der AfD. In der apodiktischen Zukunftsvision [„Unterwerfung“ von Michel Houellebecq](#) bekommt man bereits einen nicht ganz unrealistischen Einblick auf das, was da auf uns zukommen könnte – in nicht allzu ferner Zukunft. Einen kleinen Vorgeschmack dessen gab es auch unlängst an einer Berliner (- wo auch sonst?) Grundschule, in der eine semi-jüdische Schülerin von gleichaltrigen Muslimen mit dem Tode bedroht wurde, weil sie (sic) „nicht an Allah glaube“. Exakt so definiert sich eine subversive Unterwanderung im Endstadium.

Die Unkenntnis des Westens über den Koran ist dessen stärkste Waffe

Alldieweil; immer mehr rücken religiöse Animositäten unserer schwierigen morgenländischen Neubürger in den Vordergrund, obgleich solcherlei Anliegen hierzulande eigentlich reine „Privatsache“ sind. Nicht das „Private“, sondern vielmehr das „Religiöse“ ist gemäß der eigentlich nihilistischen 68er-Doktrin nun plötzlich auch „politisch“ geworden. Selbst ein als „marxistischer Christ“ bekannter Mächtegern-Revoluzzer namens Dutschke würde hyperventilieren, sähe er, wie seine durch die Institutionen gewanderten Genossen einer im Mittelalter steckengebliebenen und allumfassenden Brutal-Ideologie den Vorrang vor Christentum, gesundem Menschenverstand und letzten Endes auch vor den universellen Werten gäben. Viele unterschätzen die soziale Sprengkraft der Lehre Mohammeds immer noch – und glauben allen Ernstes, es handle sich dabei lediglich um eine folkloristisch eingefärbte Gotteslehre abrahamitischen Ursprungs, ganz ähnlich der Unseren. Aber einen „Islam light“ gibt es eben nicht!

Die ultimative Potenzierung des Negativen

Der Druck, den die Dogmen des Islams jetzt schon auf die restdeutsche Bevölkerung induzieren, wird von Tag zu Tag größer. Ein quälend langsamer Prozess, dessen Progression jedoch stetig zunimmt – und der darüber hinaus schon sehr viel dominanter für uns alle geworden ist, als es gemeinhin wahrgenommen wird. Zu verlockend sind offenbar die vielen Milliarden, die seitens des Staates in die zahlreichen Hände der komplex gewordenen „Asyl-Industrie“ gepumpt wurden. Zehntausende neuer Jobs wurden so geschaffen. Leider generiert dieses „Halal-Jobwunder“ – um es gelinde auszudrücken – nur eine sogenannte „negative Wertschöpfung“, die ausschließlich ihrer eigenen Klientel nutzt und Steuergelder regelrecht „verbrennt“. Somit wurde dem gesamten „islamischen System“ eine derart solide „Starthilfe“ gegeben, dass die oben befürchteten Zustände überhaupt erst entstehen können. Dieser Logik folgend; eine hausgemachte Indikation sozusagen, ausgelöst durch Dekadenz, Hypermoral und Gier. Das Toleranzideal der Grünlinken gegenüber einer radikalen (noch) Minderheit ebnet somit den Weg zum eigenen Untergang.

Ausgerechnet linke Politik protegiert den orthodoxen Islam

Letzten Endes siegt der Islam also nicht etwa durch raffinierte Strategie oder taktisches Kalkül seiner größtenteils doch eher einfach strukturierten Glaubensanhänger – sondern wird, abgesehen von der hohen Fertilitätsrate seiner weiblichen Mitglieder, vielmehr durch das Wirken und Schaffen der Einheimischen, namentlich in Person der zahlreichen linken, grünen und sozialdemokratischen Bürger und Politiker begünstigt. Mittlerweile in enger Zusammenarbeit mit der ehemals konservativen „Merkel-Partei“ versteht sich, oder vielmehr das, was von der einstigen Union übrig geblieben ist.

Die Deutschstämmigen werden demzufolge keine Gnade, Schonung oder Hilfe von ihren politischen Repräsentanten erwarten können, wenn eines nicht so fernen Tages ein kompletter „islamischer Paradigmenwechsel“ ansteht, ebenso wenig von den Amtskirchen, Wohlfahrtsverbänden oder gar von rührseligen Linkspolitikern. Spätestens wenn die „kritische Masse“ an Islamgläubigen im Lande erreicht ist – und hierbei spricht man von etwa 25% Bevölkerungsanteil,

dann werden die Verhältnisse anfangen zu kippen. Prognostiziert also in circa zehn Jahren, bei der derzeitigen Entwicklung. Je nach Gemengelage auch schon etwas früher.

Zutiefst gespaltene Gesellschaft

Es gleicht schon fast einer griechischen Tragödie, wenn die politischen „Eliten“ und das gesamtgesellschaftliche Establishment vehement gegen einen vermeintlichen Gegner „von rechts“ kämpfen, der schon lange keiner mehr ist – und die wahren Gefahren, denen das Land und die Bürger ausgesetzt sind, geflissentlich ignorieren, oder sogar noch hofieren. Die Cassandra-Rufer verhalten weiterhin ungehört.

Auch wenn es zynisch klingen sollte; vielleicht schon in wenigen Jahren könnte es sein, dass die ersten Systemparteien-Politiker die Empfehlung zur Konversion herausgeben, damit man als Staatsbürger wieder ein „ruhiges“ Leben hat – und unbesorgt in die Öffentlichkeit gehen kann.

Es wäre ihnen zuzutrauen. Und nicht wenige Intellektuelle sehen genau dieses Szenario voraus – sollte nicht ein ebenso radikales Umdenken stattfinden. Die Lage ist demnach wirklich ernst, aber nicht hoffnungslos.



Berliner MoPo zeigt Verständnis für Ziegenschächtung: ‚Hatten Hunger‘

Von JOHANNES DANIELS | Was die geschenkten Menschen mit ihrer Lebensfreude zu uns bringen, geht auf keine Kuhhaut. Die lammfromme Angoraziege Lilly könnte ein Lied davon singen, wenn sie nicht kaltblütig im Februar abgeschlachtet worden wäre. Lilly war der Liebling der Kinder im schönen Streichelzoo in der Neuköllner Hasenheide. Gerne hätte das großtrüchtige Muttertier noch die zarten Triebe des Frühlings mit ihrem kleinen Zicklein abgegrast. Im Zuge des „Großen Multiethnischen Experiments“ der zickigen Zonenzuchtel musste sie jedoch jäh ins Gras beißen.

Das „Amtsgericht Tiergarten“ tagt

Denn die beiden rumänisch-stämmigen Menschengeschenke Nicusor-Razvan V. und Mihaita-lulian B. setzten einen klaren Schlussschlag unter Lillys fröhliches

Gemeckere im bunten Berlin. Am Mittwoch begann der Prozess gegen die beiden 29 Jahre alten Männer bezeichnenderweise vor dem „Amtsgericht Tiergarten“. Den EU-Gästen wird der Diebstahl mit Waffen und die Tötung eines Wirbeltieres ohne vernünftigen Grund zur Last gelegt. Bei einer Verurteilung würden den beiden Neu-Berlinern Haftstrafen ab sechs Monaten drohen, sofern sie schuldig wären und Einsicht in die Schwere der Tat gehabt hätten.

Zu Prozessbeginn verlasen die steuerfinanzierten Pflichtverteidiger eine schriftliche Erklärung der beiden Ziegen-Schlächter. Die Anwälte ließen das „Amtsgericht Tiergarten“ zunächst wissen, dass ihre Mandanten keine Fragen beantworten würden. Nicusor und Mihaita-Iulian räumten die Tat zwar grundsätzlich ein, sie hätten das Tier aber nur geschlachtet, da sie seit mehreren Tagen nichts zu Essen hatten und sehr hungrig gewesen waren. Sie würden die Tat bereuen und die Ziege im Streichelzoo „ersetzen“.

Berliner MoPo: Angeklagte unschuldig wie ein Osterlamm

Die gutmenschliche rot-grüne „[Berliner Morgenpost](#)“ hegt in ihrer Berichterstattung großes Verständnis für die Nöte der eiskalten Merkel-Messer-Migranten im unmenschlichen Gastland Deutschland – Headline: „Angeklagte bereuen die Tat – Wir hatten Hunger“.

„Zudem dachten sie, es würde sich um einen Bauernhof handeln, von einem Streichelzoo für Kinder hätten sie nichts gewusst. Nach Angaben ihrer Rechtsvertreter sind beide Männer in Rumänien auf Bauernhöfen aufgewachsen“.

Beide Männer waren erst im Januar nach Berlin gekommen und ihr „Arbeitgeber“ hätte ihnen laut MoPo den ausstehenden Lohn „unter fadenscheinigen Gründen vorenthalten“. Zudem hätten sie die Ziege, deren Kehle sie durchschnitten und deren Bein sie abtrennten für ein Schaf gehalten, winselt die Morgenpost. Zudem seien sie durch Alkoholgenuss in ihrer Schuld erheblich eingeschränkt gewesen.

Beide Männer verfügten in der Tatnacht noch über drei bis vier Euro und hatten zuvor Geld für Bier ausgegeben. Die Frage der Staatsanwältin, warum die „Hungernden“ Bier davon kauften und kein Essen, blieb unbeantwortet. Knapp fünf Stunden nach der Tat hatten sie laut Polizeibericht noch einen Alkoholgehalt von 1,00 beziehungsweise 1,52 Promille.

Merkel-Gäste: „Wir wissen, wie man ohne Leiden tötet“

Sicher war den gläubigen Merkelgästen die Fastenzeit wichtiger, denn nach katholischem Brauch ersetzt ein gesunder Rausch den Küchenmeister. Die Berliner Morgenpost – mittlerweile den Tränen nah:

„Doch das wenige Geld, dass wir als Bauhelfer bekamen, ging für Miete drauf. Wir hatten schon mit Bier versucht den Hunger zu betäuben. Bis sie im Park die Schafe entdeckt hätten. „Wir wollten kein ganzes Tier, nur ein Bein.“ Leiden habe Lilly nicht müssen: „Wir wissen, wie man ohne Leiden tötet“. Das ist beruhigend!

Polizist Thimo F., 27, sagte vor Gericht: „Uns hatten zwei aufgeregte Passanten von verzweifelten Tierschreien im Park berichtet.“ Sie stellten die

Ziegenmörder noch vor Ort. Drei Wochen zuvor waren im Zoo schon zwei Schafe gestohlen und geschlachtet worden.

Das Schlachten hat begonnen – das Schweigen der Lämmer der Systemmedien

Lilly ist „kein Einzelfall“: Drei Wochen vor dem Fall „Lilly“ wurde im Volkspark Hasenheide ein Schaf von deutschen Neubürgern fachgerecht geschächtet, [PI-NEWS berichtete](#): Auch das großträchtige [Schaf Rose \(5\)](#) wurde aus dem Streichelzoo im Tierpark Neukölln entführt, über einen 2,40 Meter hohen, mit Metallstacheln bewehrten Zaun geworfen und dann im angrenzenden Gebüsch des Parks geschlachtet. Ihrem „total verstörtem“ Jungschaaf Emma (2) blieb nur noch Spielgefährtin Lilly (3) – jetzt ist auch sie von „Schwarzen Schafen“ aus den neuen EU-Ländern geschlachtet worden.

Nicht nur in Hinsicht auf Berliner Paarhufer behielt der erfolgreichste türkischstämmige Schriftsteller und PI-NEWS-Gastautor Akif Pirinicci recht – das [„Schlachten“ hat schon längst begonnen](#) in diesem unserem Lande. Und immer noch schweigen die meisten tumben Schafe der Systemmedien über die Herkunft der Täter oder sie ergießen sich in gutmenschlichen Humanitäts-Kaskaden über die menschliche Not des importierten Prekariats. Denn nur die dümmsten Schafe wählen ihre Metzger selbst!

Archaisches Berlin – Schutz von „Schutzbedürftigen“ vor Schutz von Frauen ... und Tieren

Nicht nur „Schon-länger hier Lebende“ – auch Tiere im „Streichelzoo Berlin“ leben im Merkelland nun gefährlicher. Im Winter 2017 wurde im Tiergarten ein illegales Campinglager pressewirksam „geräumt“. Der zuständige Bürgermeister von Berlin-Mitte [beklagte](#), dass „sich neben der Vermüllung die Tötung von dort lebenden Tieren zur Nahrungsbeschaffung häuft“. Gefunden wurden Reste von Schwänen und anderen Vögeln, die „Wohnungslose“ gefangen und gebraten hatten.

Seit dem konzertierten Eingreifen von Berliner Polizei, AntiFa, GRÜNEN und LINKEN Bundestagsabgeordneten gegen eine friedliche angemeldete Frauendemo im Februar ist zumindest klar, dass deutsche [Frauen Freiwild in Berlin](#) sind. [Wieder einmal seit 1945/46](#) ! Diese gefährdete Gattung wurde vor den Augen der Polizei von steuerfinanzierten Linksradiakalen mit Steinen beworfen – die archaischen Bräuche von importierten Neubürgern und AntiFa korrelieren allmählich langsam aber sicher.

Ponyhof Berlin: „Mach mir den Hengst“ – Ross und Reiter nicht genannt

Im November 2017 verging sich ein junger Syrer sexuell an einem Pony des „Kinderbauernhofs“ im Görlitzer Park, da gerade kein Kind verfügbar war. Eine Babysitterin war nachmittags mit einem Jungen dort unterwegs, als die Erwachsene und das Kind den Vorgang sahen. Die Frau machte ein Beweisfoto und verständigte den Kinderbauernhof. Der „Geflüchtete“ hatte versucht zu fliehen, Parkläufer entdeckten den 23-jährigen arabischen „Deckhengst“, der lediglich eine [Anzeige wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses durch sexuelle Handlungen“](#) bekam und daraufhin zur Strafe sofort auf freien Fuß gesetzt wurde.

Die „rechtspopulistische“ Babysitterin hatte sich grundsätzlich wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte und Volksverhetzung strafbar gemacht: Sie fotografierte den syrischen Araber-Hengst rücklings in Ausübung seiner freitäglichen Pflichten auf dem schnuckeligen Pony. Die meisten Mainstreammedien vergaßen dabei allerdings „Ross und Reiter“ zu nennen!

Zu dem Berliner-Sachverhalt legte bereits der schiitische Ayatholla Khomeini in seiner [„Tahrirolvasyleh“](#)-Fatwa schariakonform fest:

„Ein Mann kann Sex mit Tieren wie Schafen, Kühen, Kamelen und so weiter haben. Er soll jedoch nach dem Orgasmus das Tier töten. Er soll das Fleisch nicht an die Menschen in seinem eigenen Dorf verkaufen, soweit er dies jedoch im Nachbardorf verkauft, ist nichts dagegen zu sagen.“

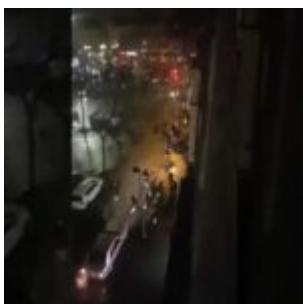
Die Scharia ist kein Ponyhof, zumindest nicht für Ponys und Frauen. Dies gilt auch für Ziegen. Vielleicht hatten die rumänisch-stämmigen Menschengeschenke Nicusor-Razvan V. und Mihaita-lulian B. im kalten Berlin doch noch anderes im Sinn ...

Derzeitige Massen-Einwanderung von Rumänen nach Berlin

Kriminelle Schlepperbanden nutzen derzeit die Stadt Timisoara im Westen Rumäniens auch verstärkt für Schleusungen von „schutzsuchenden Migranten“ nach Deutschland und statten diese mit nagelneuen EU-Pässen aus. Die Bundespolizei sieht dort einen neuen Hotspot für die gefährlichen Schleusungen mit Lkws, wie das [Bundespolizeipräsidium Potsdam mitteilte](#). Die Route Rumänien-Berlin gelte laut einer internen Analyse der Bundespolizei als «Dreh- und Angelpunkt» für die Verteilung und Weiterleitung von Migranten nach Deutschland. Derzeit erreichen pro Tag 500 Asylsuchende offiziell Deutschland, weitere 500 inoffiziell. Der Zuzug von rumänischen EU-Bürgern in die Berliner Sozialsysteme ist nicht bekannt.

Bei einer Verurteilung der beiden Neu-Hauptstädter werden sich sodann eine Herde lammfrommer Sozialtherapeuten im „Sodom und Gonorrhöe Berlin“ um die hungernden und traumatisierten Gäste Nicusor-Razvan V. und Mihaita-lulian B. auf Steuerzahlerkosten kümmern, damit es auch nichts zu meckern gibt – im Schlaraffenland der deutschen Schlagschafe.

Lilly war zur falschen Zeit am falschen Ort – nämlich in Deutschland. Hätte sie doch bloß auf Henriette Reker gehört: „Immer eine Huflänge Abstand halten“ – das hat die Ziege jetzt davon!



Duisburg: Fachkraft-Folklore mit Macheten und Eisenstangen

Am Dienstag gegen 20 Uhr kam es einmal mehr zu einem Straßenkrieg zwischen zwei Gruppen neo-plus-deutscher Fachkräfte. In Duisburg-Hamborn am Altmarkt trugen insgesamt etwa 60 bis [80 Personen](#) eine Auseinandersetzung in ihrer kulturell eigenen Art und Weise aus. Man ging mit Macheten, Eisenstangen, Teleskopschlagstöcken und Haushaltsutensilien, wie einem Staubsaugerrohr aufeinander los. Rund 100 Polizisten waren im Einsatz und wurden ebenso aggressiv angegangen – verbal und körperlich.

Die Exekutive musste Reizgas einsetzen. Am Ende wurde [50 Personen vorläufig festgenommen](#), davon verblieben schlussendlich 20 in Gewahrsam, der Rest wurde nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt und kann sich weiter austoben.

Über den tatsächlichen Grund der Auseinandersetzung schwiegen die Aggressoren sich aus.

Es soll sich um drei rivalisierende Gruppen von Türken, Libanesen und Kurden handeln. Der Großteil der Männer sollen Libanesen sein.

Es wurden Anzeigen wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch gestellt.

Sichergestelltes „Arbeitswerkzeug“:





Seehofers Abschiebezentren – das perfekte Timing

Noch vor der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober will Innenminister Horst Seehofer sein erstes „Rückführungszentrum“ für abgelehnte Asylbewerber stehen haben. Aber auch nicht zu lange vorher, „bis zum Herbst“. Damit wird er zeigen können, dass er etwas für die Abschiebung getan hat, aber das Scheitern seines Zentrums wird dann so erst nach der Wahl sichtbar werden.

Die [ARD berichtet](#):

Das Bundesinnenministerium will bis zum Herbst ein erstes Rückführungszentrum für Flüchtlinge in Betrieb gehen lassen. Dies wäre vermutlich vor der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober. Das Vorhaben werde „höchst prioritär betrieben“, sagte Innenstaatssekretär Stephan Mayer der „Süddeutschen Zeitung“.

Das Zentrum werde in Verantwortung der Bundespolizei betrieben. „Es würde sich anbieten, für das Modellprojekt eine schon vorhandene Einrichtung zu nutzen“, sagte der CSU-Politiker der Zeitung.

Denkbare Standorte wären Manching oder Bamberg in Bayern, wo es bereits Transitzentren gibt. Auch die Erstaufnahmeeinrichtung im hessischen Gießen komme in Betracht. Dort gebe es Platz für insgesamt 13.000 Menschen, dazu weitere 3000 Plätze in ehemaligen Kasernen der US-Truppen.

Bleibt zu klären, warum das besser funktionieren soll als jetzt. Werden die Abgelehnten keine langen Rechtswege mehr beschreiten können auf Kosten des deutschen Steuerzahlers? Werden sie sich nicht mehr vor dem Abflug selbst verletzen oder „psychische Probleme“ bekommen bei dem Gedanken nun wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu müssen?

Und vor allem: Warum wird der Aufwand betrieben und nicht ein viel geringerer (und effektiverer), um die Illegalen erst gar nicht hereinzulassen?



Großburgwedel: Der merkwürdige Zickzack-Kurs der Justiz

Von H.L. | Das Messeropfer Vivien K. (24) aus Großburgwedel ist schwerer verletzt als bekannt, [schreibt die Bild](#). Milz weg, Teil der Bauchspeicheldrüse entfernt, Rippenbrüche durch die Wucht des Messerstiches eines syrischen Jugendlichen, der die Verkäuferin am vergangenen Samstag niederstach ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). Während sich das Mädchen nach tagelangem Koma unterstützt von ihren fassungslosen Eltern zurück ins Leben kämpft, werden draußen offenbar viele Hebel in Bewegung gesetzt, um die Tat im milderen Licht erscheinen zu lassen.

– Dafür erscheint jetzt der Freund des Opfers, Domenic (25), in einem schiefen Licht. Der Täter schweigt zwar beharrlich im Jugendknast Hameln, so die Staatsanwaltschaft, aber von den Verwandten des Angreifers wird laut Bild kolportiert, Domenic soll ein beteiligtes Kind des Tätertrios vor dem Angriff am Ohr gezogen haben.

Tragen jetzt etwa Vivien und ihr Freund selber Mitschuld an der brutalen Tat? Soll das heißen, dass ein „Ohrziehen“ – falls das überhaupt stimmt – einen lebensgefährlichen Messerangriff rechtfertigt, und dazu noch „die Falsche“ trifft? Oder war es vielleicht so, dass das Leben einer Frau nichts wert war, weil es eine Frau traf? Dazu hat die Staatsanwaltschaft noch keine öffentliche Meinung.

– Die Justiz ist inzwischen fleißig daran, die Schwere der Tat zu bagatellisieren, so der Eindruck für Außenstehende. Der anfängliche Vorwurf der versuchten Tötung wurde im Nachgang auf gefährliche Körperverletzung reduziert. Die Begründung dafür klingt für den juristischen Laien abenteuerlich und konstruiert. „Im Rahmen der bisher durchgeführten Ermittlungen hat sich gezeigt, dass es einen einzigen Stich gegeben hat“, sagte Oberstaatsanwalt Klinge zum NDR. Die Frau soll in diesem Moment gestanden und auch nicht am Boden gelegen haben, als die Täter verschwanden. Juristisch sei dies wichtig, so Klinge: Der Verdächtige habe die Tat nach dem Stich abgebrochen, weil er offenbar nicht vorhatte, das Opfer zu töten. Woher weiß die Staatsanwaltschaft das, wenn der Täter schweigt? Begründet sie auf eine bloße Vermutung hin die [Reduzierung des Anklagevorwurfs](#) oder müssten nicht die Gesamtumstände zählen?

Unfasslich, wenn der Laie dieses Argument weiterspinn: Heißt das jetzt für

künftige Messerstecher, dass der „erste Stich frei“ ist? Die Staatsanwaltschaft ruderte inzwischen offenbar schon wieder zurück und lässt sich ein Türchen offen: Vielleicht bewerte man den Fall neu, wenn weitere Ermittlungen angestellt worden sind, ist aus der hannoverschen Justiz zu hören.

– Die Staatsanwaltschaft hat sich auf einen merkwürdigen Zickzack-Kurs begeben, der in hohem Maße kritikfähig ist. Will sie jetzt ständig den Anklagevorwurf ändern, je nach aktuellem Ermittlungsstand? Reichen ein lebensbedrohlicher Messerstich, die Entfernung lebenswichtiger Organe und tagelanges Koma nicht aus, um einen Tötungsversuch zu rechtfertigen? Die Justiz nährt damit den Verdacht, dass ihr vor allem daran gelegen ist, keine Unruhe in der Bevölkerung aufkommen zu lassen.

– In diese selbstverursachten Spekulationen reiht sich die Äußerung des Vorsitzenden des Niedersächsischen Richterbundes ein. So forderte Frank Bornemann mehr Anstrengungen für die Integration von jugendlichen Flüchtlingen, bis alle Flüchtlinge verinnerlicht hätten, dass man in Deutschland zum Beispiel nicht mit dem Messer aufeinander losgeht. „Wir müssen da ehrlich bleiben, es dauert seine Zeit, bis die Normen einer neuen Gesellschaft verinnerlicht sind“.

Wie lange soll das dauern Herr Bornemann? Der Tatverdächtige lebt schon seit fünf Jahren mit seinen Eltern und Geschwistern in Großburgwedel und hat offensichtlich die einfachsten Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders noch nicht „verinnerlicht“.

Viviens Anwalt Björn Nordmann schätzt die Messerattacke vorläufig so ein: „Es handelt sich um eine versuchte Tötung. Der mutmaßliche Täter hat den Tod meiner Mandantin billigend in Kauf genommen, als er brutal auf sie einstach“, sagte er der Bild.



[Gerechtigkeit – für deutsche Dschihadisten!](#)

Was ist eigentlich, wenn deutsche Staatsbürger im Ausland kriminell werden, wenn sie Kinder schänden, Menschen töten, Menschen foltern? Ist es dann in Ordnung, wenn sie nach den Gesetzen des entsprechenden Landes bestraft

werden, in dem sie sich aufhielten, um ihre Straftaten zu begehen? Wenn es zudem noch unter Kriegsrecht geschah, was soll mit Ihnen geschehen? Sollten sie dann, als Teilnehmer des Krieges, nach geltenden Kriegsrecht bestraft werden dürfen? Auch wenn es Deutsche sind?

[Die ARD macht sich derzeit](#) Sorgen um „unsere Kinder“ (de Maizière), die folternd und mordend und unbehelligt von einer deutschen Regierung in vierstelliger Zahl in den Krieg ziehen konnten:

Allein in den von Kurden kontrollierten Gebieten in Syrien sitzen mittlerweile knapp 100 ehemalige IS-Anhänger und Kinder aus Deutschland im Gefängnis. 15 weitere sind im Irak inhaftiert, rund zehn in der Türkei. Und es werden stetig mehr. Nach Schätzungen von Sicherheitsbehörden müssten noch Hunderte Frauen und Männer in der Region sein, die aus Deutschland stammen und sich in den vergangenen Jahren dem sogenannten Islamischen Staat angeschlossen hatten. Knapp 1000 waren insgesamt in den Dschihad gezogen, von denen 300 zurückgekehrt sind, bis zu 150 sind gestorben.

Unter den Gefangenen sind auch hochrangige ehemalige IS-Kader, etwa der aus Bonn stammende Islamist Fared Saal. Nun müssen sich die europäischen Staaten – darunter Deutschland – mit der Frage beschäftigen, wie sie mit den inhaftierten, teils hochgefährlichen Terroristen, umgehen sollen. Lässt man sie zurückkehren? Oder akzeptiert man, dass sie möglicherweise hingerichtet oder in einzelnen Fällen in das US-Gefangenenlager Guantanamo überführt werden?

Da wir keine Rassisten sind, fordern wir keine Sonderbehandlung für unsere Landsleute. Sie sollen – internationalen Regeln entsprechend – in dem Lande abgeurteilt werden, in dem sie ihre Gräueltaten verübten. Denen, die die Vorzugsbehandlung in Guantanamo (USA) genießen sollten, gutes Essen, keine Misshandlungen, Gestattung der Religionsausübung inklusive Koranausgaben ohne Ausleihgebühr, denen wünschen wir, dass sie nach der Klärung ihrer Fälle ebenfalls an die Länder ausgeliefert werden, in denen sie ihrem Glauben entsprechend am liebsten leben möchten. Deutschland ist das sicher nicht, denn der Islam gehört nicht zu Deutschland (Horst Seehofer, deutsche Bundesregierung).

**1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Soldaten mit dem Tucholsky-Zitat [als „Mörder“ bezeichnet](#) werden dürfen. Wir gehen davon aus, dass dies auch für Mörder im Namens des Islam Geltung hat.*



Hadmut Danisch: Aktuelles zur Migration

Zwei Punkte finde ich besonders beunruhigend: 1. Jedem, der vorher sagt, was passiert, hält man vor, „Verschwörungstheorien“ zu verbreiten, auch wenn's dann stimmt. 2. Ständig heißt es, Migration wäre gut und toll und wichtig, darf man nicht kritisieren, aber nie gibt es eine Aussage dazu, was eigentlich das Ziel ist und wie die Gesellschaft dann aussehen und funktionieren soll. Alles so im Blindflug.

Über Soros heißt es gerade, dass er Ungarn mit allen Mitteln zum Einwanderungsland machen will und deshalb eine Anwältin für jede Einwanderung, die sie vor dem Europäischen Gerichtshof durchsetzt, eine Prämie von 10.000 Euro bekäme.

Das sonst eher ins linkspolitkorrekte abgedriftete Telepolis behauptet, dass die Vereinten Nationen (seit deren Rolle im Genderismus traue ich denen alles zu) mit hohem Druck an zwei „Pakten“ arbeiteten, einen für Flüchtlinge und einen für reguläre Migration.

Ein „Globaler Pakt zu sicherer, geordneter und regulärer Migration“ (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) knüpft unter anderem an die im September 2015 verabschiedete UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung an, die 17 Ziele formulierte (Sustainable Development Goals, SDGs), und soll umfassende Prinzipien für eine verstärkte Kooperation in der internationalen Migrationspolitik enthalten.

Erste Entwürfe für beide Pakte vom 31. Januar bzw. 5. März 2018 liegen vor. Der Migrations-Pakt soll plangemäß am 10./11. Dezember auf einer Konferenz in Marokko angenommen werden.

Das ist beachtlich. Hatte man uns das nicht immer als Asyl für Kriegsflüchtlinge verkauft?

Hat man vielleicht sogar – zynischerweise – den Krieg als Vorwand und Dosenöffner gebraucht, geht mal die Kriegsflüchtlinge vorschicken, gegen die kann keiner was sagen? Hat man den Krieg am Ende sogar in Kauf genommen oder gar gefördert?

Jetzt kommt gar ein neuer Begriff ins Spiel:

“Bestandserhaltungsmigration” wurde definiert als “Zuwanderung aus dem Ausland, die benötigt wird, um den Bevölkerungsrückgang, das Schrumpfen der Erwerbsfähigenbevölkerung sowie die allgemeine Überalterung der Bevölkerung auszugleichen”.

Untersucht wurden in Form unterschiedlicher Szenarien die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die Republik Korea, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten, zusätzlich Europa und die Europäische Union. Der untersuchte Zeitraum erstreckte sich von 1995/2000 bis 2050.

Im Einzelnen wurden fünf verschiedene Szenarien im Hinblick auf internationale Wanderungsströme gegenübergestellt. Als Fazit hielt die Studie für die meisten Industriestaaten hohe Zuwanderung für sinnvoll bzw. notwendig.

In einem der Szenarien, das darauf abzielt, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter konstant zu halten, wird für Deutschland eine notwendige Nettomigration 1995 bis 2050 von insgesamt 25,2 Millionen Menschen errechnet (für die Europäische Union 79,6 Millionen). Die Gesamtbevölkerung im Jahr 2050 in Deutschland wird hier auf stattliche 92 Millionen Menschen veranschlagt. Die “mittlere Variante” arbeitete mit 11,4 Millionen Zuwanderern in 55 Jahren, Variante V mit 40,5 Millionen und damit 113,2 Millionen Einwohnern 2050.

Ist ja interessant. Immer hieß es, es ginge um Krieg und Asyl und Barmherzigkeit.

Jetzt ist es angeblich so, dass uns da irgendwer 25 Millionen Menschen bis 2050 *verordnet* hat, um unseren Bestand zu erhalten. Dabei können wir uns jetzt schon nur noch wackelig auf den Beinen halten.

Warum sollten wir das brauchen?

(Fortsetzung im [Blog von Hadmut Danisch](#))



Hamburg: Möchtegern-Vergewaltiger gesucht

Die Polizei Hamburg fahndet mit einem Phantombild nach einem bislang unbekanntem Mann, der im Verdacht steht, drei Sexualdelikte in Hamburg-Wilhelmsburg begangen zu haben. Am 25.01.2018 kam es zu einem Sexualdelikt, bei dem der Täter die 25-jährige Geschädigte von hinten attackierte und, nachdem sie nach einem Gerangel zu Boden gestürzt war, sexuelle Handlungen an ihr vornahm und dabei auch versuchte, sie zu vergewaltigen. Nach Veröffentlichung des Zeugenaufrufs meldete sich eine heute 32-Jährige bei der Polizei, die berichtete, am 20.01.2018 ebenfalls in Hamburg-Wilhelmsburg in sexueller Weise angegangen worden zu sein. Demnach habe der Täter unter einem Vorwand das Gespräch gesucht und sie im weiteren Verlauf in sexueller Weise berührt. Nachdem sie ihn angeschrien und weggestoßen habe, habe der Mann von ihr abgelaufen.

Die Beamten der Fachdienststelle für Sexualdelikte (LKA 42) gehen aufgrund ihrer Ermittlungen mittlerweile davon aus, dass beide Taten von demselben Täter begangen wurden. Darüber hinaus gehen die Beamten davon aus, dass dieser auch für ein weiteres Sexualdelikt in Hamburg-Wilhelmsburg vom 24.01.2018 als Täter infrage kommt. In ihrer Anfang Februar erfolgten Vernehmung berichtete die 50-jährige Geschädigte, ebenfalls unter einem Vorwand angesprochen und im weiteren Verlauf dann umklammert worden zu sein, wobei der Täter dabei sexuell anmutende Bewegungen vollzog. Nachdem sie ihn angeschrien und getreten habe, habe der Mann von ihr abgelaufen.

Die bisherigen Ermittlungen führten nicht zur Identifizierung des Mannes. Durch die Staatsanwaltschaft Hamburg wurde daher ein Beschluss zur Veröffentlichung des von einer der drei Zeuginnen erstellten Phantombildes erwirkt. Hinweise zu der abgebildeten Person bitte unter der Rufnummer 040/4286-56789 an das Hinweistelefon der Polizei Hamburg oder an jede Polizeidienststelle. (Pressemitteilung der [Hamburger Polizei](#))

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingen“ [systematisch vertuscht](#): „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des [absichtlichen Vertuschens](#) nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2018 [20 Prozent mehr Männer](#) als Frauen. Abgeschoben werden Merckels Ficki-Ficki-Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine [halbe Millionen](#) abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie [alle dauerhaft hierbleiben](#). Passend zum Thema verweisen wir auf die noch junge [patriotische Frauenrechtsbewegung „120 Dezibel“](#), die sich mit Protestaktionen gegen die importierte Gewalt und Übergriffe zur Wehr setzt. #Merkelwinter 2017/2018 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“.

Stuttgart-Vaihingen: Die Polizei sucht nun mit einem Echtbild nach dem Unbekannten, der am 03.03.2018 in Stuttgart-Dürrenlewang eine 20 Jahre alte Frau sexuell belästigt hat (siehe Pressemitteilung vom 05.03.2018). Der Unbekannte war zirka 180 Zentimeter groß, [dunkelhäutig](#) und sprach eritreisch. Er hatte eine schlanke Statur. Bekleidet war er mit einer auffällig roten oder pinken Jacke mit schwarzem Aufdruck auf dem Rücken und einer Art Wappen auf der linken Brustseite sowie einer Wintermütze. Zeugen werden gebeten, sich an die Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei unter der Telefonnummer +4971189905778 zu wenden.

Mönchengladbach: Die Kriminalpolizei ermittelt derzeit in einem Fall, in dem eine 14-Jährige am Donnerstag, den 15.03.2018 Opfer eines sexuellen Übergriffes geworden sein könnte. Das mutmaßliche Opfer will sich an diesem Tag in der Zeit von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr am Busbahnhof in Mönchengladbach-Rheydt an der Bahnhofstraße aufgehalten haben. Sie sei dort von zwei männlichen Personen im Alter von 18 bis 20 Jahren und mit [südländischem Aussehen](#) angesprochen worden. Die beiden hätten sie dazu animiert Alkohol zu trinken und man habe sich im Anschluss gemeinsam vom Busbahnhof in Richtung des kleinen Parks an der Moses-Stern-Straße begeben. Ab diesem Zeitpunkt verlor sie kurzzeitig ihre Erinnerung und war danach wieder alleine unterwegs. Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand kann nicht ausgeschlossen werden, dass es in dem Park zu einem sexuellen Übergriff zum Nachteil des 14-jährigen Mädchens gekommen ist. Die Polizei sucht Zeugen, denen das Mädchen in Begleitung der beiden jungen Männer am Busbahnhof oder in dem Park aufgefallen ist.

Recklinghausen: Gestern, gegen 22 Uhr, belästigte ein unbekannter Mann eine 15-jährige Hertenerin auf der Akkoallee. Die Jugendliche befand sich zu Fuß auf dem Weg von Hertent nach Recklinghausen, als ihr in Höhe der Autobahnbrücke A43 der Mann entgegenkam. Dieser fasste die 15-Jährige am Arm, bedrängte sie und berührte sie unsittlich am Oberkörper. Eine bislang unbekannte Frau fuhr zu diesem Zeitpunkt auf einem Fahrrad an den Beiden vorbei, wurde auf die Situation aufmerksam und sprach den Mann an. Dieser ließ dann von der Jugendlichen ab und flüchtete in Richtung Recklinghausen. Der Mann wird als 30 bis 40 Jahre alt, 1,70 Meter groß, [dunkle Hautfarbe](#), schwarze Haare und schwarzem Bart beschrieben.

Sigmaringen: Ein unbekannter Mann trat am Freitag gegen 14 Uhr gegenüber einer 58-jährigen Frau beim Treppenaufgang der Marstall-Passage als Exhibitionist auf. Als die Frau in Richtung Bahnhof ging erkannte sie einen Mann, wie dieser seine Hose öffnete und sein Geschlechtsteil entblößte. Der Unbekannte Mann ist etwa 27 Jahre alt, schlank und hat [dunklen Teint](#). Personen, denen im dortigen Bereich der Mann mit Bluejeans aufgefallen ist oder die sonst sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Sigmaringen, Tel 07571/104-0, zu melden.

Bonn: Die Polizei fahndet mit einem Phantombild nach einem unbekanntem Mann, der am 02.04.2013 eine zu diesem Zeitpunkt 25-jährige Frau in Meckenheim vergewaltigt haben soll. Die Tat ereignete sich an diesem Abend gegen 22:00 Uhr an einer Unterführung zwischen dem Görlitzer Weg und dem Meckenheimer Schulzentrum. Während der Tatausführung soll der Unbekannte die 25-Jährige mit einem Messer bedroht haben. Die schwer traumatisierte Geschädigte zeigte

die Tat im August 2017 bei der Polizei an. Da die bisherigen Ermittlungen nicht zur Identifizierung des Verdächtigen geführt haben, veröffentlicht die Bonner Polizei nun auf richterlichen Beschluss ein Phantombild des unbekanntes Mannes. Zusätzlich kann der Täter wie folgt beschrieben werden: Etwa 35-45 Jahre alt – ca. 1,75 m groß – kräftige Figur – [dunklerer Hautteint](#) – Zahnlücke, vermutlich oben links – sprach gebrochenes Deutsch – trug eine dunkle Bomberjacke, an den Enden abgesetzt mit weißen Streifen.

Dinslaken: Ein unbekannter Mann hat sich einer 25-jährigen Dinslakenerin in schamverletzender Weise gezeigt. Am Samstag, dem 10.03.2018, war die junge Frau um 8.22 Uhr auf dem Verbindungsweg zwischen Weseler Straße und Bahnhofplatz unterwegs, als sie der Mann überraschte. Dann stieg er auf sein Fahrrad und flüchtete in Richtung Weseler Straße. Bei der Person soll es sich um einen ca. 30-jährigen Mann handeln, [südländisches Aussehen](#), ca. 175 cm groß, Schnauzbart, normale Figur. Die Person trug eine Kappe und war mit einem dunklen Fahrrad unterwegs.

Sulzbach: In einem Elektronikgeschäft kam es zu einer sexuellen Belästigung zum Nachteil einer 14-jährigen Frankfurterin. Der unbekannte Täter griff der Jugendlichen beim Vorbeigehen einmal an die Brust und flüchtete anschließend unerkant. Weder das Ladenpersonal noch die alarmierte Eschborner Polizei konnte den Busengrabscher anschließend auffinden. Der Täter wurde wie folgt beschrieben: männlich, [vermutlich asiatischer Herkunft](#), etwa 30-40 Jahre alt, um die 175 cm groß, dunkle Haare, bekleidet mit einer dunklen Jacke, einem hellen Oberteil sowie einer dunklen Hose.

Krefeld: Gestern (8. März 2018) hat ein Fahrradfahrer eine Krefelderin an der Oberdießemer Straße sexuell belästigt. Die Polizei Krefeld sucht Zeugen. Die 26-Jährige spazierte gegen 17:15 Uhr mit ihrem Kind und ihrem Hund auf dem Gehweg an der Oberdießemer Straße. Dabei wurde sie über eine Zeit lang von einem Radfahrer verfolgt. Plötzlich fuhr der Mann an sie heran und sprach sie in schamverletzender Weise an. Die Frau wies den Mann darauf hin, sie nicht weiter zu belästigen. Anschließend ging sie weiter in Richtung Alte Untergath. Der Mann näherte sich ihr wieder und belästigte sie erneut verbal in schamverletzender Weise. Als der Mann mitbekam, dass die Krefelderin mit ihrem Handy die Polizei rief, flüchtete er über die Oberdießemer Straße. Die Polizei fahndete sofort nach dem Mann, konnte diesen jedoch nicht mehr antreffen. Die Frau beschrieb den Täter wie folgt: Er war etwa 17 Jahre alt, hatte einen leichten Bart und gerötete Augen. Er trug eine schwarze Mütze und eine schwarze Jacke, auf der braune Flecken zu erkennen waren. Er soll ein [„südländisches Aussehen“](#) gehabt haben und war mit einem blau-weißen Fahrrad unterwegs.

Bei nachfolgenden Fällen verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, indem sie trotz ansonsten detaillierter Personenbeschreibungen oder aufgrund der Umstände mit Sicherheit vorliegender Opfer- oder Zeugenbeobachtungen die wahrscheinliche Volkszugehörigkeit oder Ethnie in ihren Fahndungsaufrufen verschweigt:

Bonn: Am Montag, 12.03.2018, wurde eine 50-jährige Frau in Medinghoven von einem bislang unbekanntes Mann belästigt. Zur Tatzeit gegen 06:00 Uhr stand die Frau an der Bushaltestelle Europaring/Briandstraße und wartete auf ihren

Bus. Ein junger Mann kam hinzu, suchte das Gespräch, gab der Geschädigten plötzlich und unvermittelt einen Kuss und versuchte, sie an sich zu ziehen. Die 50-Jährige konnte sich losreißen und in den einfahrenden Bus flüchten. Eine nach der Anzeigenerstattung unmittelbar eingeleitete Fahndung führte nicht zur Feststellung des Mannes, der auf der Grundlage von Zeugenangaben folgendermaßen beschrieben wird: [Etwa 15-18 Jahre alt – dunkel gekleidet – hellere Kappe](#) – sprach Deutsch mit Akzent.

Erfurt: In der Nacht von Freitag auf Samstag hielten sich zwei 14 jährige Mädchen in einem Warteraum des Erfurter Hauptbahnhofes auf. Dort befand sich zu dieser Zeit ebenfalls der unbekannte Täter in Begleitung einer weiteren männlichen Person. Beide wurden als [etwa 30 Jahre alt](#) beschrieben. Eines der Mädchen wurde durch den Täter über den Rücken gestreichelt. Die Aufforderung, das Mädchen nicht zu berühren, ignorierte der Täter und küsste es letztlich auf den Hals. Das andere Mädchen hatte das Geschehen zwischenzeitlich verlassen, um Hilfe zu suchen. Ein bisher unbekannter Mann zeigte sich couragiert, eilte in den Warteraum und vertrieb den Täter sowie seinen Begleiter. Der Helfer sowie weitere Zeugen des Sachverhaltes werden gebeten sich mit dem Inspektionsdienst Erfurt Nord oder jeden anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

Reutlingen: Eine junge Frau ist am frühen Sonntagmorgen von einem Mann verfolgt und unsittlich berührt worden. Die 24-Jährige befand sich gegen 5.45 Uhr zu Fuß auf dem Nachhauseweg. Auf dem St. Leonhardtsplatz beim Finanzamt fiel ihr zum ersten Mal ein Mann auf, der ihr folgte. Der Unbekannte ging ihr bis zur nahegelegenen Wohnung nach. Als die Frau die Haustür aufschließen wollte, drängte er sich ganz dicht an sie heran und berührte sie unsittlich an mehreren Stellen. Daraufhin schrie die Frau laut los. Der Täter ließ von ihr ab und rannte davon. Eine anschließende Fahndung verlief negativ. Der Mann ist [etwa 170 bis 175 cm groß und zirka 20 bis 30 Jahre](#) alt. Er trug eine dunkle Jacke. Der Frau fiel auf, dass der Täter im Gesicht eine unreine Haut hatte.

Viersen: Am Sonntag, gegen 09.40, zeigte sich ein unbekannter Mann einer 20-jährigen Frau in schamverletzender Weise: Der Mann stand am Bahnsteig 3, wartete augenscheinlich auf einen Bus. Er nahm Blickkontakt zu der etwa 20 Meter entfernt stehenden jungen Frau auf und fing an, zu onanieren. Als die Frau den Unbekannten anschrie, drehte sich dieser um und ging weg. Der Mann ist [ca. 45 Jahre alt und etwa 1,85 Meter groß](#). Er hat kurze, braun-graue Haare, die zu einem Igel-Schnitt gekämmt waren. Er trug eine schwarze Jacke mit Kapuze und eine helle Jeans. Hinweise zu dem Mann bitte an die Polizei Viersen unter der Rufnummer 02162/377-0. /wg (314)

Osnabrück: Auf der Aussichtsplattform hinter dem Haarmannsbrunnen kam es am Samstagmittag zu einem Fall von Exhibitionismus. Zwei 16-jährige Jugendliche hielten sich dort gegen 13.05 Uhr auf, als sich ihnen ein unbekannter Mann plötzlich in schamverletzender Weise zeigte. Die beiden Mädchen packten daraufhin sofort ihre Sachen und gingen weg. Am Ende der Treppe kam ihnen ein junges Pärchen entgegen, das sie noch vor dem Täter warnten. Vermutlich haben diese etwa 20 Jahre alten und im Skaterstyle gekleideten Zeugen den Täter noch gesehen. Die beiden Opfer konnten schließlich noch erkennen, dass sich der Täter mit einem auf der Aussichtsplattform abgestellten Fahrrad in

unbekannte Richtung entfernte. Der Mann war [etwa Mitte 40, circa 180cm groß](#), schlank, hatte ein kantiges Gesicht und volle Lippen. Er hatte kurze schwarze, hochgegelte Haare, dunkle Bartstoppeln und dicke buschige Augenbrauen. Bekleidet war der Exhibitionist mit einer schwarzen Lederjacke, einer schwarzen Stoffhose und schwarzen Schuhen.

PI-NEWS-Leser wissen: Das sind keine Einzelfälle! [Ellen Kositzka](#) (Verlag Antaios) hat das entscheidende Buch dazu geschrieben: [Die Einzelfalle](#). [Antaios 2017, 160 Seiten, 13 €.](#)



[Neuer Flüchtlings-Tsunami: Zu Land, zu Wasser, nun auch per Flugzeug](#)

Von EUGEN PRINZ | Nicht selten werden Informationen, die eigentlich das Zeug dazu hätten, einzuschlagen wie eine Bombe, von den Mainstream Medien nur beiläufig behandelt, wenn überhaupt. In der Tat ist die Gewichtung einer Nachricht eines der Hauptmanipulationsmittel dieser Gilde. Die Entscheidung, ob der entsprechende Bericht auf Seite eins eine fette Schlagzeile generiert oder auf Seite 15 links unten in Form von ein paar Zeilen sein kärgliches

Dasein fristet, treffen Merkels Hofberichterstatter. Das gilt natürlich auch entsprechend für die Nachrichtensendungen in Rundfunk und Fernsehen.

Innenstaatssekretär Stephan Mayer nennt in einem Interview beiläufig erschreckende Zahlen

Bestes Beispiel dafür ist ein [Interview](#), dass der Rundfunksender B5 Aktuell am 1. März mit dem CSU Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer, seines Zeichens Staatssekretär im Bundesinnenministerium, führte. In dem Interview ging es um den Untersuchungsausschuss zum Fall Anis Amri, dessen Obmann Mayer ist. Ganz am Ende des Gesprächs, ab Minute 9:00 erwähnte der Staatssekretär beiläufig, dass derzeit täglich etwa 500 illegale Migranten nach Deutschland kommen.

Addiert man die Zahlen, hat man einen neuen Flüchtlings-Tsunami

„Das ist die Größenordnung, von der Sie sprechen, 500 am Tag?“ vergewisserte sich die Moderatorin verduzt. Mayer bestätigte, dass dies bereits seit Monaten so sei. Anschließend war das Interview beendet. Haben Sie davon irgendwo etwas in der Zeitung gelesen oder in den Nachrichten gehört? Wahrscheinlich nicht, obwohl wir hier hochgerechnet von 182.500 illegalen Migranten jährlich sprechen, die nach Deutschland kommen. Da ist die Dunkelziffer, also jene, die sich nicht erwischen lassen, noch gar nicht mitgerechnet. Diese Zahlen addieren sich zu den „normalen Flüchtlingen“, die an der Grenze bei der Einreise Asyl beantragen und – nicht zu vergessen – dem Familiennachzug. Ach ja, den Italienern und Türken nehmen wir ja auch noch Kontingente ab, die ebenfalls, wie beim Familiennachzug, mit Visum kommen und in der Asylstatistik nicht auftauchen. Wie praktisch. Dazu kommt noch die Binnenmigration, also jene bereits anerkannte Asylbewerber, denen es in anderen EU – Ländern nicht mehr gefällt. Die korrekte Gesamtzahl deren, die tatsächlich jedes Jahr nach Deutschland kommen, werden wir nie erfahren. Uns wird nur auffallen, dass der öffentliche Raum mit jedem Tag ein bisschen weniger nach Deutschland aussieht, bis dieses Land schließlich überhaupt nicht mehr wiederzuerkennen ist.

Neues Phänomen, von den Mainstream Medien totgeschwiegen

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Leif-Erik Holm hat an die Bundesregierung die Anfrage gerichtet, wie hoch der Anteil derjenigen Asylsuchenden sei, die mit dem Flugzeug nach Deutschland kommen. Hierzu ist zu sagen, dass das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) im Rahmen der Registrierung der Flüchtlinge eine entsprechende Befragung durchführt. Die Antwort des Bundesinnenministeriums ist geradezu schockierend: Es sind mittlerweile fast 30 Prozent. Das Innenministerium machte geltend, dass die Zahlen statistisch nicht repräsentativ seien, weil nur Schutzsuchende aus neun Hauptherkunftsländern und ausgewählten wichtigen Herkunftsregionen befragt würden und die Angaben nicht überprüft würden. Aber nachdem es sich um die Hauptherkunftsländer handelt, dürfte es sich bei den 30% um eine relativ belastbare Zahl handeln.

Dublin – Regeln werden von Italien und Griechenland mißachtet

Nun sind allerdings keine zivilen Direktflüge aus den großen Krisengebieten

und Hauptherkunftsländern wie Syrien oder Afghanistan nach Deutschland möglich. Es stellt sich also die Frage, von wo aus die Asylsuchenden starteten. Die [JUNGE FREIHEIT](#) hat hier recherchiert und festgestellt, dass ein Großteil dieser Flüchtlinge mit Flugzeugen aus Griechenland, Italien und der Türkei gekommen ist. Die dortigen Behörden winken sie also nach Deutschland durch, obwohl Italien und Griechenland gemäß dem Dublin Abkommen für die Asylverfahren zuständig wären. Interessant ist auch, dass diese Flüchtlinge über ausreichend Geld sowie die notwendigen Papiere verfügten, sich ein Flugticket zu kaufen.

Rücknahme der „Flüchtlinge“: Fehlanzeige

Was machen die Behörden in so einem Fall? Sie leiten entweder ein Asylverfahren ein, obwohl sie dafür gar nicht zuständig sind, oder sie stellen ein Übernahmesuchen gemäß dem immer noch geltenden Dublin – Abkommen. Im vergangenen Jahr hat Deutschland 64.267 solche Übernahmesuchen an den zuständigen Ersteinreisestaat gestellt. 46.873 wurden positiv beschieden, 15.144 abgelehnt. Doch tatsächlich überstellt wurden im selben Zeitraum nur 7.102 Personen. Im Fall von Italien stehen 22.706 Ersuchen lediglich 2.110 Überstellungen gegenüber. Die Italiener haben also nicht einmal jeden 10. „Flüchtling“ zurückgenommen, für den sie eigentlich zuständig wären. Noch einfacher machen es sich die Griechen: Sie haben von den 2.312 „Flüchtlingen“, für die sie eigentlich zuständig wären, überhaupt keinen zurückgenommen. Aber in Kürze bekommen sie wieder einige Milliarden Euro aus dem nächsten Rettungspaket, für das hauptsächlich die deutschen Deppen geradestehen.

Die Lösung: Europäer nach Afrika?

Halb Schwarzafrika sitzt nach einem [Bericht der WELT](#) schon auf gepackten Koffern und will nach Europa. Da trifft es sich doch gut, dass künftig beabsichtigt ist, „Flüchtlinge“ dort anzusiedeln, wo sie bereits Bezugspersonen haben. Da dürften dann Deutschland, Frankreich und Italien endgültig absaufen. Vielleicht sollten wir im Gegenzug nach Afrika auswandern? Mit den richtigen Leuten könnte man bestimmt was aus diesem Kontinent machen. Dann müssten wir nicht miterleben, wie aus Europa ein neues Schwarzafrika wird, mit all seinem „Charme“.

Dieser Vorschlag war jetzt nicht erst gemeint. Oder doch?



Hamburgs 2. Bürgermeisterin Fegebank marschiert mit Linksextremisten

Von ALSTER | Vorweg: Deutschlands Schuldenmeister 2017, Olaf Scholz, kommt aus Hamburg. So schlecht wie in Hamburg haben sich die Finanzen 2017 [in keinem anderen Bundesland](#) entwickelt. Immerhin 13 Länder konnten sogar Schulden abbauen. Am meisten beeindruckt die Bilanz in einer Ostregion. Man könnte meinen, dass unser neuer Finanzminister in Berlin aus Hamburg geflohen ist, denn auch [der G20-Terror](#) haftet als (unaufgearbeitete) Fehlleistung an diesem charismafreien Ex-Bürgermeister. Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen) der UnFreien und Hansestadt Hamburg fungierte bis zur Wahl des neuen Ersten Bürgermeisters (Peter Tschentscher, SPD wurde heute gewählt) als geschäftsführende Bürgermeisterin, und in dieser Funktion marschierte sie am Montag, dem 26. März an der Seite von Linksextremisten inklusive der Antifa durch Hamburgs Innenstadt mit Ziel Dammtorbahnhof. Die Bürgerschaftsfraktionen und Landesverbände von SPD, Grünen und Linken hatten zu diesem Protest, unter dem Motto „Aufstehen gegen Nazis und Rassisten“ gegen die „Merkel muss weg“-Demonstration aufgerufen.

Diese SPDGRÜNLinke Einheitssuppe marschierte also mit ihrer Einheitsmeinung gegen eine [öffentliche Versammlung](#), die ihr Grundrecht auf eine andere Meinung nach Artikel 8 GG wahrnahm.

Fegebank: Das sind alles Nazis

Frau Fegebank als kommunale Amtsträgerin sollte eigentlich das Neutralitätsgebot befolgen und ihre Integrationsfunktion erfüllen, um „den Grundkonsens im demokratischen Gemeinwesen“ aufrecht zu erhalten. Sie und ihre Genossen aus den Bürgerschaftsfraktionen und Landesverbänden sollten eigentlich die „Versammlungsfreiheit achten“ und dürfen keinen „faktischen Grundrechtseingriff“ vornehmen (BVerwG – 10 C 6.16 vom 13.09.2017). Auch gelten die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zum Urteil des Zweiten Senats vom 27. Februar 2018 – 2 BvE 1/16:

Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten erfordert der Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien die Beachtung des Gebots staatlicher Neutralität. Die negative Bewertung einer politischen Veranstaltung durch staatliche Organe, die geeignet ist, abschreckende Wirkung zu entfalten und dadurch das Verhalten potentieller Veranstaltungsteilnehmer zu beeinflussen, greift in das Recht der betroffenen Partei auf Chancengleichheit aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG ein.

Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen), die ab heute wieder 2. Bürgermeisterin ist, marschiert nicht nur mit Linksradi kalen, sie hat in einem Interview mit dem NDR am Sonntag, einen Tag vor ihrem Marsch, erklärt, dass die Teilnehmer der „Merkel muss weg“-Demonstration alle echte Nazis

seien: „Das sind alles „*stramm Rechte*“, ja mehr als das: „*keine Rechtspopulisten*“– man darf das nicht verharmlosen oder gar verniedlichen! -, nein das sind – wir müssen das Kind beim Namen nennen – „*echte Nazis*“:

[Vorher meinte sie noch](#), dass der Islam zu Deutschland gehört und wunderbar im Atta-Hamburg funktioniert.

Im tiefrot/grünen Hamburg haben sich Politik und Medien große Mühe gegeben, die Stimmung gegen die friedlichen „[Merkel muss weg](#)“-Demonstranten aufzuheizen. Seitdem der Verfassungsschutzchef Torsten Voß öffentlich sogenannte Reichsbürger, Rechtsextremisten und NPD-Kader dort vermutete und vor einem Mitmarschieren! warnte, gab es kein Halten mehr.

So bedankte sich die innenpolitische Sprecherin der Linkspartei und Mutti der Antifa, Christiane Schneider, bei der Antifa, die einen friedlichen Demo-Teilnehmer ins Krankenhaus prügelte ([PI-NEWS berichtete](#)).

Hetze und Panikmache

In den Medien wurde darüber gejammert, dass die „Merkel muss weg“-Demos Hundertschaften der Polizei binden würden, und zuletzt wurde sogar mit dem Vergleich gewarnt, dass die Kommunisten und Nazis mit ihren Saalschlachten und Straßenkämpfen die Weimarer Republik zerstört hätten.

Die Wahrheit ist: Auf der „Merkel muss weg“-Demo wird nicht marschiert – geht gar nicht.

Die Hundertschaften der Polizei sind einzig dazu nötig, um die friedlichen Merkel-Kritiker vor gewaltbereiten Gegendemonstranten des Bündnisses gegen Rechts schützen müssen.

Die Kommunisten und Nazis der Weimarer Republik lieferten sich Schlachten, weil sie beide gewaltbereit waren. Heute in Hamburg, Deutschland und Europa greifen nur die Linken Andersdenkende, die auf ihre Grund- und Freiheitsrechte beharren, an.

Ordner prüfen ständig in den leider noch lichten Reihen der „Merkel muss weg“-Demo, ob sich unerwünschte Reichsbürger oder Nazis dort befinden. Es wurden noch keine gesichtet.

Es wäre gerade in Hamburg gut und wichtig, wenn sich die „Merkel muss weg“-Demonstranten nicht einschüchtern ließen. Zur Stärkung müsste eine konzertierte Aktion auch von außerhalb Hamburgs die Anzahl erhöhen, denn das würde für mehr Sicherheit sorgen. Vielleicht gelingt das nach Ostern.